

14.44

Bundesrat Gerhard Schöding (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Präsident! Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ein Placebo-Gesetz, sagt die FPÖ; unsägliche Asylverschärfung, sagen die Grünen. Ich sehe, dass wir mit dem Gesetz, das wir hier beraten, wirklich auf bestem Wege sind! Ich möchte das auch ein bisschen untermauern. (*Bundesrat **Samt**: Eine sehr einseitige Sicht!*)

Das Erste, was dieses Gesetz betrifft: Ich kann mich an keine Situation erinnern, wo die FPÖ jemals gesagt hätte, es geht oder etwas ist in Ordnung, sondern es wird wirklich kontinuierlich und ohne Unterbrechung alles, was in dieser Republik vor sich geht, schlechtgemacht! Das möchte ich hier einmal vorausschicken. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich denke, dass ich jetzt auch aufgefordert bin, als Polizist und als Dienststellenleiter eines zu sagen: Kollege Herbert hat gesagt, wir sollen tunlichst keine Gesetzesänderungen machen, weil das die Kollegen auf der Straße überfordert. (*Bundesrat **Herbert**: Habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, die vielen Novellierungen ...!*) Das ist ein einziger Witz, weil ich der Meinung bin, dass die KollegInnen von der Polizei auf der Straße sehr wohl in der Lage sind, Gesetzesänderungen mitzuvollziehen, weil es ihr tägliches Brot ist. Wenn ich die Kolleginnen und Kollegen – und es sind nicht so wenige, die ich selbst ausgebildet habe –, die mir persönlich bekannt sind, einschätzen darf, dann kann ich von einer wirklich tollen Dienstleistung auf der Straße und im Dienst berichten! Und ich kenne diese Kollegen, die du hier angesprochen hast, persönlich nicht. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Wenn wir jetzt auf das Thema Placebo-Gesetz etwas näher eingehen wollen, dann gibt es, denke ich, zuerst einmal diese Bestimmung **Asyl auf Zeit**. Wir in Österreich haben im letzten Jahr eine wirklich tolle Leistung vollbracht, was die Aufnahmen, was die Betreuung von Asylwerbern betrifft, wobei noch sehr viele Asylverfahren offen sind. Ich denke auch, dass die Bevölkerung zu einem großen Teil bei dieser Aktion oder bei diesen Maßnahmen, die wir in der Regierung und auch als Bundesland Niederösterreich und als Bundesstaat Österreich gesetzt haben, sehr wohl mitgegangen ist.

Nur wurde irgendwann ein Punkt erreicht, wo man sagt: Das können wir leisten, in diesem Punkt können wir dementsprechend unsere moralischen Verpflichtungen erfüllen. Aber es gibt den Punkt, wo dann die Bevölkerung gesagt hat: Das geht so nicht weiter, weil wir das auch alles aus finanzieller Natur nicht ertragen können. Das

sehe ich auch so, und ich denke, dass wir kein zweites Jahr wie das vorige, in dem wir 90 000 Asylwerber aufgenommen haben, durchstehen können.

Aus diesem Grund haben die Bundesregierung und auch die Frau Ministerin, die jetzt in Niederösterreich ist, und unser neuer Innenminister dementsprechende Maßnahmen gesetzt und dementsprechend auch Gesetze vorgelegt und beraten. Das Ergebnis davon sind die Änderungen des Asylgesetzes und des Fremdenpolizeigesetzes.

Mir ist es deswegen wichtig, das auch ein bisschen näher auszuführen, weil wir das nicht aus Jux und Tollerei gemacht haben, sondern weil wir versuchen, unserer moralischen und humanitären Verpflichtung nachzukommen, ohne die Bevölkerung im Vorgang dieser Maßnahme zu verlieren. Ich denke auch, dass das möglich ist. Ich bin selbst Bürgermeister einer Gemeinde, und ich weiß, was die Leute draußen reden. Viele Leute haben aufgrund dieser Anzahl und aufgrund dessen, was uns noch bevorsteht oder ohne Maßnahmen bevorstehen könnte, einfach nur Angst. Das haben wir von der Politik her auch dementsprechend zu berücksichtigen.

Ich kann es aber schon nicht mehr hören, wenn die FPÖ-Werbung – ich sage jetzt nicht Propaganda, sondern FPÖ-Werbung – ständig diesen Staat ins Abseits redet und uns ständig vorwirft, dass die Politik diesen Staat zugrunde richtet. (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth.*) – Ja, ich denke, wenn wir einen Bundespräsidenten Hofer kriegen, wird sich das alles zum Besseren lösen, denn laut seinen Aussagen wird er nur noch Gesetze in Kraft setzen, die ihm genehm sind, und die Meinung des Nationalrates ist ihm wurscht! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Auf weitere Punkte, was diese Gesetze betrifft, möchte ich auch hinweisen: Wir haben dieses Gesetz ja nicht nur so beschlossen, dass wir da sagen, wir wollen das einfach, sondern wir haben auch internationale Verpflichtungen, die wir eingegangen sind und die wir nicht einfach über Bord werfen können. Mit diesen Verpflichtungen in Abstimmung mit unserem Gesetz sind wir in der Lage, diese Situation auch dementsprechend in den Griff zu bekommen. Es wird noch die eine oder andere Schwierigkeit geben, davon bin ich überzeugt – aber ich bin auch davon überzeugt, dass wir das schaffen!

Dazu möchte ich noch einen Punkt ansprechen, den der Vorredner genannt hat: Voriges Jahr haben wir gesagt, wir sind gegen Grenzkontrollen, weil das die Asylanzahl übersteigen sollte. – Ich wäre doch wirklich versucht, zu sagen: Es hat sich keiner darüber informiert, was wir hier heute beschließen! Sonst würde man wissen, dass diese Änderung des Grenzkontrollgesetzes und des Asylgesetzes eine Notwendigkeit ist, damit wir die Einführung von temporären Grenzkontrollen überhaupt

so machen können, dass wir die Asylwerber auch an der Grenze abweisen können. Das war nämlich der springende Punkt an dem Ganzen.

Wenn ich sage, ich habe die rechtlichen Möglichkeiten, um Zurückweisungen an der Grenze vorzunehmen – dazu brauchen wir dieses Gesetz –, möchte ich auch noch einen Punkt dazu ansprechen: Von der FPÖ werden Ungarn und Orbán immer so hochgehalten. Dazu sage ich schon: Es gibt ein OGH-Erkenntnis, in dem es uns **untersagt** wird, dass wir Asylwerber nach Ungarn zurückweisen, weil es vom OGH, von unserem Obersten Gerichtshof, nicht als sicherer Drittstaat anerkannt wird und weil es dort derart miserable Zustände gibt, dass wir das rechtlich nicht dürfen! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. – Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth.*)

Ich möchte noch etwas betreffend Panikmache von der grünen Seite sagen, zur unsäglichen Asylverschärfung: Ich habe eingangs schon gesagt, dass es auch der Bevölkerung bedarf, die da mitgeht. Es ist nicht immer leicht, und ich denke auch, dass wir da noch viel zu arbeiten haben. Aber die Identitätsfeststellung an der Grenze generell als Problem des Datenschutzes hinzustellen, halte ich für sehr fahrlässig, weil wir aus der Praxis heraus wissen, dass die wenigsten Flüchtlinge ihre wahre Identität bekannt geben.

Wir wissen aus der Vergangenheit auch, dass es den sogenannten Asyltourismus gegeben hat. Da wurden in jedem Land verschiedene Asylanträge gestellt, bis zu dem Zeitpunkt, als EURODAC eingeführt wurde und damit begonnen wurde, die Fingerabdrücke generell und zentral zu speichern. Das ist eine Notwendigkeit.

Es ist heute auch eine Notwendigkeit, die Fingerabdrücke mit den bestehenden Datenbanken abzugleichen, weil wir ja auch ein Problem mit dem Terrorismus haben und immer wieder Fingerabdrücke von Personen, die in terroristische Taten verwickelt sind, aufscheinen. Deswegen halte ich das für eine wirklich gute und notwendige Bestimmung.

Als letzten Punkt möchte ich anführen, dass Österreich in der Europäischen Union mittlerweile, was diese Vorgangsweisen betrifft, eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Wir wurden in der Vergangenheit immer wieder stark kritisiert, aber es gibt mittlerweile eine Fülle von Staaten, die sehen, dass es eine Notwendigkeit ist, gewisse Untugenden abzustellen.

Die temporären Grenzkontrollen, die wir haben, die wir einführen und für die wir heute stehen, sind ab dem Zeitpunkt obsolet, wo die Europäische Union ein geregeltes Grenzmanagement an den Außengrenzen hat, Hotspots hat, wo Asylanträge gestellt

werden können, und ein Verteilungssystem über die komplette EU hat. Ab diesem Zeitpunkt, denke ich, werden wir hier über dieses Thema nicht mehr viel reden.

Ich verwehre mich auch gegen das Vorhaben der Freiheitlichen, diese Europäische Union trotz aller Nachteile und Schwierigkeiten so hinzustellen, als wenn wir hochweiß wären, wenn wir dort nicht mehr drinnen wären. Ich wage zu bezweifeln, dass wir ohne Europäische Union unseren Lebensstandard auch nur ein Jahr halten könnten. Deswegen denke ich, dass wir alles gemeinsam abwägen sollten und in keine Extremposition verfallen dürfen.

Als Letztes sage ich noch: Wir haben einen Innenminister – und das ist das, was wir am Vormittag schon gehört haben –, der Fakten, Zahlen und Wahrheiten auf den Tisch legt, ohne sie zu beschönigen. Ich glaube, dass diese Art der ehrlichen Politik für uns sehr viel Zukunft hat.

Als Letztes möchte ich noch sagen, es gibt eine Initiative unseres Innenministers, dass straffällig gewordene Asylwerber oder straffällig gewordene Fremde relativ schnell und zügig abgeschoben werden. Es ist so – und das muss man ehrlicherweise auch sagen –, dass es nicht an uns liegt, dass wir diese Leute teilweise nicht abschieben können, sondern an den Ländern, wo sie herkommen. In dem Fall bedarf es auch weiterer Verhandlungen, die es uns in weiterer Folge erlauben, das auch dementsprechend umzusetzen.

Aber dazu brauchen wir auch die Europäische Union, weil der kleine Staat Österreich allein wahrscheinlich in Pakistan nicht groß das Ansagen haben wird. Deswegen: Europäische Union! Aber unser Weg ist ein Weg der Mitte, und es ist der Weg, der wirklich richtig ist und für die Bevölkerung da ist. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

14.54

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Zu einer **tatsächlichen Berichtigung** hat sich Frau Bundesrätin Mühlwerth zu Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, dass eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten darf. Sie hat sich überdies auf die Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung und die Darstellung des berichtigen Sachverhaltes zu beschränken. – Damit bist du am Wort.